Morgen-Ausgabe
No. 39 — 61. Jahrgang

Berliner Volks-Zeitung

Erstes Beiblatt
Freitag, 24. Januar 1913

Lokales

Die Tätigkeit des Architektenausschusses Groß-Berlin.

Das Wirken des Architektenausschusses Groß-Berlin, der im Jahre 1906 auf Vorschlag Genzmers, des inzwischen verstorbenen Heymann, Albert Hoffmanns und Bodo Ebhardts von der Vereinigung Berliner Architekten und dem Architektenverein zu Berlin gebildet wurde, und in dessen Hand vor allem die Durchführung des Wettbewerbs um einen Grundplan für die Bebauung von Groß-Berlin lag, berichtete Professor Bodo Ebhardt vor einiger Zeit in der Vereinigung Berliner Architekten. Sein Bericht, der jetzt auch in einem Sonderdrucke vorliegt, liefert interessante Mitteilungen über die Pläne und Wünsche, die jetzt in dem Ausschusse von den führenden Groß-Berliner Städtebauern und Verkehrstechnikern verfolgt werden.

Der Architektenausschuß hat sich für die einzelnen Fragen in Unterausschüsse geteilt. Der Unterausschuß für Verkehrsfragen erwog namentlich die Frage der Verbindung der Berliner Bahnhöfe von Norden nach Süden, die Frage des Umbaues der Stadt- und Ringbahn sowie die Höherlegung des Potsdamer Bahnhofes zur Durchführung von Straßen und endlich die Frage der Schnellbahnentwicklung in Groß-Berlin. Geheimer Oberbaurat Suadicani, der Vorsitzende des Ausschusses, vertritt den Standpunkt, daß einer Verbindung von Nord und Süd große Schwierigkeiten im Wege stünden, weil die Bewältigung des Fernverkehrs während der Ferien- und Reisezeit auf einer solchen Anlage fast ausgeschlossen erscheine. Die jetzigen Kopfbahnstationen des Anhalter und Stettiner Bahnhofes seien in dieser Beziehung unersetzlich, und die Wichtigkeit des durchgehenden Verkehrs vom Anhalter zum Stettiner Bahnhof werde erheblich überschätzt. Eine Hinauslegung des Güterverkehrs aus Berlin läßt sich ohne empfindliche Störung von Handel und Verkehr nicht durchführen, sie sei daher nicht anzustreben. Die Verteilung des Güterumschlages sei für Handel und Verkehr außerordentlich günstig und praktisch, weil durch sie das weite Abrollen der Güter vom Bahnhofe zum jeweiligen Bestimmungsort vermieden werde. Eine Statistik über die Güterbahnhöfe ist in Arbeit.

Sehr interessante Ergebnisse haben auch die Ermittlungen des statistischen Ausschusses unter dem Vorsitz von Oberingenieur Petersen ergeben. Die neuerlichen starken Ueberbreitungen in der Berechnung der steigenden Einwohnerzahl von Groß-Berlin und in der Berechnung des für diese Bevölkerung zur Verfügung stehenden Baulandes ergaben bei der sorgfältigen Nachprüfung gänzlich neue Gesichtspunkte. Die Arbeiten des statistischen Ausschusses gehen Hand in Hand mit denen des Ausschusses für Bauordnungen und sind noch nicht abgeschlossen.

Sehr häufige Sitzungen hat der von Architekt Professor Bruno Möhring geleitete Unterausschuß für städtebauliche Fragen abgehalten. Die Vorschläge für den Ausbau der Belle-Alliance-Straße und der Tempelhofer Chaussee fanden bei dem Kaiser keine Geneigtheit. Ebenso verhielt sich die Stadt Berlin gegen das interessante Projekt Möhrings zur Fortführung der Möckernstraße durch den Viktoriapark ablehnend. Der Unterausschuß erwog ferner die Möglichkeit einer Reihe von Straßendurchbrüchen, und zwar in erster Linie eine Durchführung der Französischen Straße nach dem Entwurf von Möhring, Eberstadt und Professor Bodo Ebhardt. Es wurden ferner die im Norden Berlins geplanten Durchbrüche beraten und die Verhältnisse der Spreeuferstraße erwogen. Eine besondere Durchführung des Kurfürstendammes durch das Tiergartenviertel gab zu eingehenden Erörterungen Anlaß. Bodo Ebhardt und Möhring übernahmen es, Straßendurchbrüche zu projektieren, in denen der Kurfürstendamm zunächst durch die Tiergartenstraße eine bessere Verbindung erhalten soll. Professor Möhring regte ferner eine Petition an den Reichstag an, in der um den Erlaß eines Gesetzes gebeten werden soll, das die Friedhöfe im Innern großer Städte dem Baustellenhandel entzieht, damit die Friedhöfe unbebaut bleiben. Die Friedhofsgelände seien durch die langjährige Benutzung mehrfach bezahlt, man sollte sie daher als ein Vermächtnis der früheren Generation an die zukünftigen betrachten. Dem Andenken vergangener Geschlechter und dem Wohle der Kommenden werde dadurch besser und würdiger gedient, als wenn die Kirchengemeinden diese Freiflächen in Geld umsetzen. Das Beerdigen auf Kirchhöfen im Innern der Städte sollte gänzlich verboten werden. Diese Angelegenheit ist noch Gegenstand der Beratung des Ausschusses. Auch sind zu ihrer Klärung an die Kirchhofsverwaltungen Fragebogen verschickt worden, auf die 53 Antworten eingingen.

Der Unterausschuß für Bauordnungen hat sich besonders eingehend mit den neuen baupolizeilichen Verordnungen für die Vororte Berlins beschäftigt. Auf eine Rundfrage, die der Ausschuß an sämtliche Gemeinden Groß-Berlins, Mietervereine, Bodengesellschaften usw. gerichtet hat, sind nicht weniger als 196 Antworten eingegangen. Die Hauptfrage nach dem Vorhandensein eines Bebauungsplanes haben die meisten Gemeinden dahin beantwortet, daß sie bereits einen Bebauungsplan besäßen, der von einem Landmesser aufgestellt sei. Die Bevölkerungszunahme ist in den Vororten mit wenigen Ausnahmen gering, und die Bodenpreise sind in den kleineren auffallend niedrig angegeben. Viele Gemeinden unterliegen einer einheitlichen Bauklasse, nur wenige besitzen mehrere Bauklassen. Der Unterausschuß ist sich auf Grund der Ergebnisse dieser Fragebogen aber völlig einig in der Forderung, daß bei Zuteilung der Bauklassen ein Unterschied gemacht werden müsse, je nach den Bedürfnissen der Gemeinde, ob nämlich das Einzelhaus, Reihenhaus, oder das Miets- oder Rentenhaus für die gedeihliche Entwicklung der betreffenden Gemeinde sich zweckmäßig erweise. Architekt C. Heidenreich empfahl eine höhere Bebauung mit großen Innenhöfen in der Nähe der Bahnhöfe und dafür die Schaffung größerer Freiflächen. Nur so seien billige Wohnungen zu erreichen und durch gute und billige Wohnungen die Ansiedlung der Massen in den Vororten zu ermöglichen. Es sei ganz unmöglich, billige und allen gesundheitlichen Anforderungen entsprechende Arbeiterwohnungen zu schaffen, wenn überhaupt keine hohen Häuser gebaut werden dürften. Eine dreigeschossige Bebauung rentiere sich oft nicht, selbst bei großer Billigkeit des Baugrundes.

Der Schutzverband gegen die Wasserwerke. Gegen die Erklärungen der Charlottenburger Wasserwerke wendet sich der Schutzverband für die Grunewaldseen. Er bekämpft unter anderem die Behauptung der Wasserwerke, daß das Absterben der Bäume im Grunewald mit dem Sinken der Seen nichts zu tun habe. Gegenüber der Erklärung der Wasserwerke, daß an der Krummen Lanke und am Riemeistersee sich noch keine Brunnen befänden, äußert der Schutzverband sich folgendermaßen:

„Wollen die Wasserwerke auch behaupten, daß an diesen Stellen auch keine Versuchsbrunnen niedergebracht worden sind? Ist der Direktion nicht bekannt, daß die Wasserwerke eine Konzession zur Verbindung der Krummen Lanke mit der Havel durch eine Röhrenleitung besitzen? Ist den Wasserwerken unbekannt, daß das von der Gemeinde Zehlendorf am 28. Oktober v. J. erlassene Ortsstatut gerade bezweckt, die Anlage von Brunnengalerien und einer Pumpstation an der Krummen Lanke zu verhindern? Der Schutzverband hat demnach recht mit seiner Behauptung, daß die Versuchsbrunnen an der Krummen Lanke und am Riemeistersee wie eine Bedrohung dieser Seen wirken."

Die Behauptung der Wasserwerke, der Schutzverband habe der Berliner Bevölkerung zugemutet, Havelwasser zu trinken, bezeichnet der Verband als ungeheuerlich. Der Schutzverband sei sich vielmehr bewußt, in einer die gesamte Bevölkerung Groß-Berlins tief berührenden Sache die Interessen der Einwohnerschaft Groß-Berlins selbstlos zu vertreten. Er werde sich durch die gegen ihn gerichteten Angriffe nicht von seinem Wege abbringen lassen.

Was bietet die

Berliner Volks-Zeitung

ihren Lesern für 20 Pf. wöchentlich?

Täglich ein zweimal erscheinendes reichhaltiges großes modernes Blatt nebst einer Unterhaltungs-Beilage. Ferner allwöchentlich das weltbekannte farbig illustrierte 8 Seiten umfassende Witzblatt „Ulk" und eine äußerst reichhaltige „Illustrierte Familien-Zeitung", ferner alle 14 Tage eine „Illustrierte Kinder-Zeitung" und eine „Illustrierte Moden-Zeitung".

Wer noch nicht Abonnent ist,

der mache jetzt mit dieser vielseitigen und billigen Zeitung einen Versuch und bestelle ein Abonnement für den Monat Februar. Bestellungen werden von allen Postämtern und Briefträgern entgegengenommen. In Groß-Berlin nehmen unsere Botenfrauen sowie die am Kopfe dieses Blattes aufgeführten Filialen Bestellungen an. Probenummern liefert an jedermann kostenfrei die Expedition Berlin SW, Jerusalemer Str.

103,000 Abonnenten

Die Berliner Gastwirteinnung

hielt im „Schultheiß" in der Neuen Jakobstraße ihre erste Versammlung im neuen Jahre ab. Nachdem neun neu aufgenommene Mitglieder in der üblichen Weise eingeführt worden waren, berichtete der zweite Obermeister Heyne über den Abschluß eines Tarifvertrages für Aushilfskellner, den der Interessenverband für das Gastwirtsgewerbe Groß-Berlins mit dem Interessenverband der nationalen Gehilfenorganisationen vereinbart hat. Der Gehilfenausschuß wohnte der Besprechung dieser Angelegenheit bei, und der Allgehilfe sprach sich gegen den Tarifabschluß aus, weil viele Innungsmitglieder schon mit dem Verband der Gastwirtsgehilfen einen anderen Tarif für Aushilfskellner abgeschlossen hätten. Die Versammlung stimmte mit allen gegen die Stimmen des Gehilfenausschusses dem Tarifabschluß zu. Obermeister Vogel teilte mit, daß das verstorbene Mitglied Müller der Innungskasse ein Legat hinterlassen habe. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Beschluß, den Innungsbereich auch auf Charlottenburg auszudehnen, sich noch nicht durchführen ließ, da erst die Charlottenburger Gastwirtsvereine von der Aufsichtsbehörde zur Aeußerung aufgefordert würden.

Ueber die Berliner Vorlagen einer Bier- und Lustbarkeitssteuer referierte dann der Präsident des Verbandes der Gast- und Schankwirte Otto Strauß. Er bekämpfte die Vorlagen als eine neue Sonderbelastung des schon jetzt schwer ringenden Gastwirtsgewerbes und betonte, daß die Bedürfnisse der Stadtverwaltung durch allgemeine Steuern gedeckt werden müßten. Bei der Beratung der Vorlage in der Stadtverordnetenversammlung hätten zwar alle Redner betont, daß die Gastwirte nicht getroffen werden sollten, sondern die Steuer lediglich eine Umwandlung der alten Abgabe der Brauereien sein solle. Die Gastwirte hätten aber allen Anlaß, auf der Hut zu sein und, wie auch das Schicksal der Vorlage sein werde, den Versuch einer Abwälzung der Steuer von den Brauern auf die Gastwirte mit allem Nachdruck zurückzuweisen. Die Gastwirte würden sich in einem solchen Falle, wie es ihnen auch im Stadtparlament geraten worden sei, an die Konsumenten wenden, um mit diesen gemeinsam die Bestrebungen der Brauereien abzuwehren. Auch die Kinosteuer müsse nachdrücklich bekämpft werden, denn sie sei nur der Anfang zu einem Wiederaufleben der alten abgelehnten Lustbarkeitssteuer. In der Diskussion wurden die Mitglieder aufgefordert, auf die Stadtverordneten im Sinne einer Ablehnung beider Vorlagen einzuwirken.

Am 21. Februar wird die Innung bei Kroll eine Theatervorstellung zum Besten der Wohlfahrtskassen veranstalten. Bei der Weihnachtsbescherung sind an bedürftige Kinder 1575 Mark als Unterstützungen gespendet worden. Der Kassenführer Kowalck erstattete den Jahreskassenbericht, aus dem sich ergibt, daß das Innungsvermögen im Vorjahre um 10 228 Mark auf 81 323 Mark gestiegen ist. Die Vorstandswahl ergab die Wiederwahl des bisherigen Obermeisters Vogel. An Stelle des zweiten Obermeisters Preilipper, der aus persönlichen Gründen eine Wiederwahl ablehnte, wurde Herr Meitz gewählt. In den Ehrenrat wurden die Mitglieder Mai, Lammert, Fleischer, Hertzog und Elsholz, in das Fachschulkuratorium Herr Scheybal gewählt. Zum Schluß erörterte Präsident Strauß noch interessante Rechtsfragen.

Zur Kirchenwahl in der Samaritergemeinde. Heute abend 8½ Uhr findet in den Prachtsälen des Ostens, Frankfurter Allee 151/52, eine öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. „Die Neuwahl in der Samaritergemeinde und das eigenartige Verhalten der herrschenden Orthodoxie." 2. „Trotzdem wählen wir liberal!" Referent Herr Pfarrer Alfred Fischer. 3. Freie Aussprache. Herr Pfarrer Imig und andere bekannte Redner haben in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung für den bevorstehenden Wahlkampf ihr Erscheinen zugesagt. Es ist Pflicht aller Wähler, in dieser Versammlung zu erscheinen und Freunde und Bekannte zum Besuche zu veranlassen. Auch Damen haben Zutritt. Der Eintritt ist frei.

Das städtische Wohnungsamt.

Oberbürgermeister Wermuth gegen die Regierung.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung beschäftigte sich in ihrer gestrigen Sitzung in der Hauptsache mit der Magistratsvorlage betreffend die Organisation der städtischen Wohnungspflege und Wohnungsaufsicht. Oberbürgermeister Wermuth rechnete in seiner Ansprache zur Begründung der Vorlage in scharfer Weise mit der städtefeindlichen reaktionären preußischen Regierung ab. Seine Rede fand lebhaften Beifall bei allen Mitgliedern des Hauses, und die Ausführungen der einzelnen Fraktionsredner waren nur ein Echo der energischen Worte des Oberbürgermeisters. Die Vorlage wurde schließlich einem Ausschuß von 15 Mitgliedern überwiesen. Aus den Verhandlungen teilen wir folgendes mit:

Der Magistrat beantragt folgende Beschlußfassung:

„Die Versammlung erklärt sich damit einverstanden:

1. daß die vorgelegte Organisation der städtischen Wohnungsfürsorge in Kraft tritt, und zwar, soweit es sich um die Errichtung der Deputation für Wohnungswesen handelt, mit dem 1. April 1913, im übrigen, sobald der Magistrat und die Deputation die nötigen Vorarbeiten beendet haben;

2. daß zur Deckung der erforderlichen Kosten bis zu 20 000 Mark dieser Betrag in den Etat von 1913 eingestellt wird;

3. daß mit dem 1. April 1913 die bisherige Deputation für die Verwaltung der König-Friedrich-Stiftung aufgehoben wird, daß ferner mit diesem Zeitpunkt die Mitglieder der Deputation von ihrem Amte entbunden werden."

Oberbürgermeister Wermuth:

Wir hoffen, daß Sie die Vorlage als eine Anbahnung sozialpolitischen Fortschritts betrachten und gutheißen wollen. Es ist für die Gemeinde an der Zeit, sich des Gegenstandes, wenn auch vorsichtig, so doch mit fester Hand zu bemächtigen, damit nicht wiederum die Gefahr entsteht, daß durch mangelnde Initiative Vorteile verscherzt werden. Die Wohnungsfürsorge so zu regeln, daß sie nicht minder den Hausbesitzern als den Wohnungsinhabern dient, ist die Gemeinde in erster Linie berufen. Sie gelangt dadurch zugleich in nähere Fühlung mit dem Haus- und Grundbesitz und kann für diesen auch zweckentsprechende Fürsorge auf allen Gebieten ausüben. Daß die Vorlage nicht früher an Sie kam, lag an den

Verhandlungen mit den Regierungsbehörden.

Bereits am 16. Juni 1912 hat der Magistrat an die Regierung die Bitte gerichtet, die Wohnungspolizei in die Hand der Stadt zu legen. Auf diese Bitte und auf eine vor längerer Zeit abgegangene zweite Eingabe war uns

eine Erwiderung nicht zugestellt worden,

ehe die Vorlage Ihnen zuging. (Lebhafte Hört, Hört!-Rufe.) Vor zwei Tagen ist nur eine vorläufige Antwort zugegangen; allein sie ist rein formellen Charakters und bringt uns der Entscheidung nicht näher. Ich fühle mich eins mit beiden städtischen Körperschaften, wenn ich dem aufrichtigen Bedauern über die bisherige Fruchtlosigkeit unserer Anregungen bei der Regierung Ausdruck gebe. (Lebhafte Zustimmung — Rufe: Nichts Neues!)

Wir waren sicher, daß sowohl der Staat, wie das Reich ein lebhaftes Interesse an der Wohnungsfürsorge haben. Deshalb glaubte der Magistrat, erwarten zu können, das Bestreben der Reichshauptstadt auf diesem Gebiete würde bei der Regierung nachdrücklichen und freudigen Widerhall finden. Das siebenmonatige Schweigen hat uns hierin eine Enttäuschung gebracht. Die geschäftliche Behandlung unserer Eingabe regt auch zu einer anderen Betrachtung an. Es ist gewiß nicht zu viel gesagt, daß seitens des Staates eine lebhafte Neigung, die Bewegungsfreiheit der Stadt Berlin zu fördern, neuerdings nicht merkbar zutage getreten ist. Ja, es drängt sich sogar die Befürchtung unabweisbar auf, daß die Stadt Berlin

zu einem jahrelangen Stillstand im gesamten kommunalen Leben

bestimmt sein könnte, weil man der Ansicht ist, es sei wünschenswert, zunächst die Entwicklung des Zweckverbandes abzuwarten. (Hört, hört!) Wenn es so sein sollte, so würde sich vom Standpunkt des Städterechts aus das lebhafteste Bedenken ergeben. (Sehr wahr!) So hoch man die besonderen Aufgaben einschätzen mag, die dem Zweckverband überwiesen sind, dieser Verband kann nicht beanspruchen und beansprucht wohl auch selbst nicht einmal, ein Ausbau der Selbstverwaltung im gegenwärtigen Sinne zu sein. Er kann es nicht beanspruchen, weil er in umfassendem Maße die Grundgedanken der Städteordnung durch staatliche und behördliche Ordnungsgedanken ersetzt und weil er eine einheitliche und eigentliche Vertretung der Bürgerschaft nicht in sich schließt. (Sehr richtig!)

So weit der Zweckverband das Gebiet einengt, das bisher bisher die Selbstverwaltung ausgefüllt hat, ist es gerade nötig, dieser Selbstverwaltung **frische, freie Lebenselemente** zuzuführen. Unmöglich scheint mir die Erwartung, daß etwa Berlin allmählich aus der Selbstverwaltung hinauswachsen sollte, weil es für sie zu groß geworden wäre. Im Gegenteil, der Umfang des hauptstädtischen Gemeinwesens macht es doppelt zur gebieterischen Pflicht,

der Millionenzahl der Einwohner die Wahrnehmung des Bürgerrechts zu erhalten.

Wir möchten nicht eines Tages die Wahrnehmung machen, daß wir in Verfolgung nützlicher und schöner Ziele das Erbgebührrecht der Gemeindefreiheit aus den Augen gelassen und zum Opfer gebracht hätten. Die Wohnungspolizei erstreben wir nicht deshalb, um unsere Macht zu erweitern, sondern im Gegenteil, um die Handhabung der Polizei ebenfalls den Anforderungen der Wohnungspflege, der Wohnungsfürsorge zu unterstellen. Die bisherige Erfolglosigkeit unseres Antrages darf uns in keiner Weise davon abhalten, selbständig vorzugehen. Wenn wir jetzt zögerten, wäre das ein schwerer Fehler, der sich bald an uns rächen würde. Die Vorlage bekundet deshalb die Bereitschaft zu positivem Handeln. Ich bitte Ihrer Bereitwilligkeit dazu durch Ihre Zustimmung Ausdruck zu geben und damit die Stellung der Stadt zu stärken. (Lebhafter anhaltender Beifall.)

Nach dieser mit lebhaftem Beifall begleiteten Rede des Oberbürgermeisters spricht Stadtverordneter **Heimann** (Soz.) seine Genugtuung über die Vorlage aus. Hoffentlich kommen nun auch die Grund-

bestehorganisationen bei genauerem Studium der Vorlage zu einer anderen Auffassung über das geplante Wohnungsamt. Die Tatsache, daß die Wohnungspolizei bei uns nicht dem Oberbürgermeister übertragen ist, ist ja sehr bedauerlich, aber es ist erfreulich, daß der Magistrat sich dazu bekehrt hat, oder hat bekehren müssen, daß es auch ohne dies geht. Wieder einmal ist die Stadt Berlin von den höchsten Staatsbehörden mit einer Nichtachtung behandelt worden, die geradezu unglaublich ist und außer in Preußen wohl in keinem anderen Lande möglich ist. (Beifall.) Wir hätten gewünscht, daß diese Tatsache in der Vorlage etwas nachdrücklicher kritisiert worden wäre; erfreulicherweise hat der Herr Oberbürgermeister in seiner Rede dies herzerfrischend nachgeholt. Diese Behandlung seitens der Staatsbehörden ist um so unglaublicher, als die Staatsbehörden wohl ein halbes Dutzend Wohnungsämter an die Kommunen gerichtet haben, daß sie dem Wohnungsproblem nähertreten sollen. Jetzt entschließt sich die Reichshauptstadt zu einem solchen Schritt mit dem Erfolg, wie ihn der Oberbürgermeister geschildert hat. Hier liegt

eine gewollte Brüskierung unserer Stadt

vor! (Sehr richtig!) Das ist gar nicht von der Hand zu weisen! Das wird aber weder den Minister oder den Oberpräsidenten hindern, bei dem nächsten Empfang in diesem Hause wieder

eine große Lobrede auf die Selbstverwaltung

und auf das, was hier geleistet wird, zu halten. (Heiterkeit. Sehr wahr!) Hoffentlich wird sich die Majorität dieser Versammlung von solchen tönenden Worten nicht wieder so blenden lassen, wie sie es so oft getan. Wäre sie nur halb so hart, selbstbewußt und zielsicher wie die Behörden, so wäre bei uns vieles anders gekommen. Die Vorlage gibt auch keine Auskunft auf die Frage, wie sich der Polizeipräsident von Berlin zu der Sache stellt. Es würde ein Schauspiel für Götter sein, wenn wir, die wir

acht Millionen für die Polizei

hergeben, der Mitwirkung des Polizeipräsidenten entbehren sollten. Der Redner geht sodann auf das Statut für das Wohnungsamt ein, erteilt im großen und ganzen seine Zustimmung, vorbehaltlich weiterer im Ausschusse zu stellender Verbesserungsanträge, legt unter anderem besonderen Nachdruck auf die entsprechende Mitwirkung der Frauen in der Deputation und kommt nach Wiederholung verschiedener Ausführungen in der von einem Magistratsvertreter ausgearbeiteten Denkschrift zu dem Schluß, daß die Errichtung eines unentgeltlichen Nachweises für kleinere Wohnungen unbedingt notwendig ist und das Beispiel anderer Städte in dieser Beziehung auch von Berlin nachzuahmen sei.

Stadtv. **Galland** (A. L.): Wir sind seit einem Menschenalter bestrebt, endlich die Verwaltungspolizei zu bekommen, und trotz aller Bemühungen sind wir nicht einen Schritt vorwärts gekommen. Wir wollen hoffen, daß wir unter der Verwaltung des Oberbürgermeisters nun mehr erreichen. Berlin hat ohne im Besitze der Verwaltungspolizei schon Hervorragendes geleistet, zu welcher Höhe ihrer Leistungen würde die Stadt emporsteigen, wenn sie auch die Verwaltungspolizei in Händen hätte! Daß der Wohnungsnachweis in der Vorlage keine Erwähnung erfahren, mag in den Augen des Herrn Heymann ein Mangel sein, man muß aber bedenken, daß es noch nicht ganz geklärt ist, wo dieser Wohnungsnachweis anzugliedern wäre. Ebenso sind die Angriffe gegen den Verfasser der Denkschrift nicht ganz gerechtfertigt; der Verfasser hat zweifellos mit großem Interesse und Eifer die ganze Materie durchgearbeitet, und wenn er darin nicht die Ansichten des Stadtv. Heymann getroffen hat, so ist das nicht besonders wunderbar. Die Vorlage möge durch die Ausschußberatung eine Form erhalten, daß sie zum Segen der Bürgerschaft gereichen und anderen Städten zum Muster dienen möge. (Beifall.)

Stadtv. **Cassel** (A. L.): widerspricht der Behauptung des Stadtv. Heymann, daß, wenn die Regierung berechtigten Ansprüchen der Stadt so wenig entgegenkommend sich zeigt, dies vielfach daran liege, daß die Majorität der Versammlung bei ähnlichen Vorkommnissen ihrerseits nicht die genügende Entschiedenheit gezeigt habe. Dagegen muß entschieden Verwahrung eingelegt werden. Allerdings ist es richtig, daß schon früher die Staatsregierung gegen unsere Selbstverwaltung schädliche Maßnahmen getroffen und sehr berechtigte Forderungen nicht erfüllt hat. In allen solchen Fällen ist aber nicht bloß von der sozialdemokratischen Fraktion, sondern von allen Teilen dieser Versammlung mit der größten Energie und Bestimmtheit auf solche Dinge hingewiesen worden. Es muß auch besonders betont werden, daß der verewigte Oberbürgermeister Dr. Kirschner in sehr vielen Fällen in würdigster und entschiedenster Weise solchen Eingriffen in unsere Selbstverwaltung entgegengetreten ist. Der Oberbürgermeister hat in bereiten und treffenden Worten gerügt, wie wenig den berechtigten Forderungen der Stadt Berlin entgegengekommen wird. Es ist in dieser Beziehung seit Jahrzehnten eine Aenderung in der Gesinnung der maßgebenden Körperschaften eingetreten, die nicht zu verstehen und mit den bei den verschiedensten Gelegenheiten der Selbstverwaltung Berlins gegebenen beteuerten freundschaftlichen Versicherungen nicht in Einklang zu bringen ist. Die Uebertragung der Verwaltungspolizei auf die Stadt ist schon vor sechzig Jahren nicht nur von Liberalen, sondern auch von Konservativen — der Fraktion Stahl — beantragt worden, später hat der Minister Herfurth ausdrücklich seine Bereitwilligkeit hierzu erklärt klärt und eine Art feierlichen Versprechens abgegeben, welches vom gesamten Staatsministerium geteilt wurde. Nun ist es nichts neues, daß

manche Versprechungen seitens der Staatsregierung nicht gehalten werden,

aber daß schon nach zwanzig Jahren das Gegenteil eines solchen Versprechens Platz greift, ist unbegreiflich. Was nutzt uns das uns vielfach gespendete Lob, wenn bei solcher dringenden und ernsten Sache die Staatsbehörden versagen! Wenn man von uns erweiterte Opfer verlangt, so soll man sich auch unseren berechtigten Forderungen nicht entgegenstellen! (Gedämpfter Beifall.)

Stadtv. **Goldschmidt** (N. L.): Aus dem schönen Bau der Vorlage kann nichts werden, wenn uns nicht die Wohnungspolizei übertragen wird. Wir werden mit Takt und richtigem Gefühl, aber auch korrekt und rüstig arbeiten müssen, wenn wir innerhalb des Rahmens der Mittel der König-Friedrich-Stiftung die Wohnungsfürsorge ausüben wollen. Der Redner bedauert gleichfalls, daß die Regierung der Gemeinde bei deren Bestrebungen für das allgemeine Wohl fortder Gemeinde bei deren Bestrebungen für das allgemeine Wohl fortder gesetzt Knüppel zwischen die Beine wirft. Seine Freunde begrüßen die Vorlage und stimmen der Ueberweisung an einen Ausschuß zu.

Stadtv **Mommsen** (Fr. Fr.): In der Frage der Wohnungspolizei sind wir mit dem Oberbürgermeister durchaus einig. Das weiß die Staatsregierung und trotzdem — weil wir eben die Stadt Berlin sind — bekommen wir von den Dingen, die wir gern haben, nichts. Wenn wir Dinge erhalten sollen, die wir nicht gern haben, wenn uns neue Lasten aufgebürdet werden sollen, dann findet die Staatsregierung immer leicht Mittel und Wege. (Sehr richtig!) Trotzdem wir alle wissen, daß mit der Wohnungspolizei die Stadt wesentlich Besseres leisten würde, wollen wir zeigen, daß wir auch ohne Wohnungspolizei das Erreichbare leisten werden. Wir wollen es einmal darauf ankommen lassen, ob die Polizei, wenn wir hier den ernsten Versuch machen, uns ihre Unterstützung verlagt. Meine Freunde halten das Organisationstatut für durchaus empfehlenswert; wir begrüßen die Vorlage als die Anbahnung einer von wirklich sozialem Empfinden getragenen sozialen Aufgabe. Der Rahmen, den die Vorlage stellt, ist weit genug, um alles Erreichbare erreichen zu können. (Beifall.)

Stadtrat **Fischbeck** begründet Einzelheiten der Vorlage und wendet sich gegen einige Angriffe, die Stadtverordneter Heimann auf die Vorlage gemacht hat, und setzt die Gründe auseinander, die den Magistrat bewogen haben, den Wohnungsnachweis nicht aufzunehmen.

Es folgen noch persönliche Bemerkungen der Stadtverordneten Heimann, Cassel und Ladewig.

Die Vorlage geht an einen Ausschuß von 15 Mitgliedern.

*

Längere Debatte erregt ein Antrag des Rechnungsausschusses, wonach der Magistrat ersucht werden soll, in Erwägung zu ziehen, ob es nötig ist, die alljährlichen Bauerreisungen weiter bestehen zu lassen. Der Antrag wird einstimmig abgelehnt, nachdem die Stadtv. Kyllmann (Fr. Fr), Sachs (A. L.) und Rosenow (N. L.) nachdrücklich für die Aufrechterhaltung der Baubereisungen eingetreten sind.

Nach einem Bericht des Stadtv. **Juliez** (A. L.) beschließt die Versammlung — entsprechend einem Antrage des Stadtv. Max **Schulz** (N. L.) —, aus Billigkeitsgründen den durch Gewitterregen am 2. Juli 1911 Geschädigten eine Entschädigung zuteil werden zu lassen.

Es folgt die Wahl eines besoldeten Stadtrats in die Stelle, die durch Ablauf der Wahlzeit des Stadtrats Hirsekorn mit dem 1. Juli 1913 frei wird.

Die abgegebenen 103 gültigen Stimmzettel lauten sämtlich auf Stadtrat Hirsekorn, der somit einstimmig wiedergewählt ist.

Die Versammlung ist damit einverstanden, daß einige zur Freilegung der Lothringer Straße notwendigen Straßenlandflächen teils freihändig, teils im Wege der Enteignung erworben werden.

Zu den Kosten eines Denkmals für Robert Koch bewilligt die Versammlung einen Beitrag von 15 000 Mark.

Die Vorlage betr. Abschluß eines Vertrages mit den Verlagsbuchhändlern Beckmann und Bunge über die Herstellung von Einrichtungen zur Uebermittelung von Nachrichten und Musik beantragt Stadtv. Landsberg (A. L.) einem Ausschusse zu überweisen, da noch einige Punkte betr. die Anerkennungsgebühr und die Kaution zu prüfen seien.

Die Ausschußberatung wird beschlossen.

„Unfehlbare Heilmittel".

Die Anpreisung angeblich unfehlbarer Heilmittel hat dem Apotheker Paul Grundmann eine Anklage wegen unlauteren Wettbewerbs eingebracht, die gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsrats Haberstroh zur Verhandlung kam. Der wegen ähnlicher Delikte schon mehrfach vorbestrafte Angeklagte vertreibt seit längerer Zeit eine von ihm erfundene Teemischung, die er unter dem Namen „Apotheker G.'s Entfettungstee" in den Verkehr bringt. Während er früher für diesen Tee, der nach dem Gutachten des als Sachverständigen vernommenen Regierungsrats Professor Dr. Juckenack in der Hauptsache aus Sennesblättern besteht, durch spaltenlange Inserate Reklame gemacht hatte, pries er in der letzten Zeit die „vorzüglichen Eigenschaften" seines Fabrikates nur noch in Prospekten an, die er in die Häuser sandte. Eine in der Zusammensetzung ähnliche Teemischung pries er unter dem Namen „Antirheumatischer Blutreinigungstee" an, ebenso einen „Diabetikertee", der, wie es in den Prospekten hieß, jedem Zuckerkranken Heilung bringen sollte. Wie die Anklage behauptet, soll der Angeklagte in der Absicht, das laufende Publikum zu täuschen, auch für mehrere andere von ihm vertriebene „Heilmittel" in marktschreierischer Weise Reklame gemacht haben. So wurde von ihm eine einfache, aus weißem Quecksilberpräzipitat bestehende Salbe, die in jeder Apotheke für ein paar Pfennige zu erstehen ist, die „Weltberühmte G.'sche Augensalbe" hergestellt, die sogar bei „beginnendem grauen Star" Heilung bringen und „fast jedes Augenleiden" beseitigen sollte. Als der Angeklagte mehrere derartige Prospekte einer in Breslau wohnhaften Apothekerswitwe zuschickte, übergab diese die Prospekte ihrem Schwiegersohn, einem Arzt, auf dessen Veranlassung dann die vorliegende Anklage erhoben wurde. Vor Gericht machte Justizrat Paul Ivers für den Angeklagten als strafmildernd geltend, daß der Angeklagte bei der heutigen starken Konkurrenz auf diesem Gebiete gezwungen gewesen sei, den Mund vielleicht etwas voller zu nehmen, als er verantworten könnte. Das Gericht nahm trotz der mehrfachen Vorbestrafungen des Angeklagten von der Verhängung einer Freiheitsstrafe Abstand und erkannte wegen des unlauteren Wettbewerbs auf 1000 Mark Geldstrafe und wegen Uebertretung auf 50 Mark Geldstrafe.

Die Insolvenz des Warenhauses H. Greifenhagen. Der Inhaber des Warenhauses H. Greifenhagen Nachf. in der Brunnenstraße, Julius Fraenkel, über dessen Insolvenz wiederholt berichtet wurde, hatte gestern abend eine Gläubigerversammlung nach den Sophiensälen einberufen, die dem „Confectionair" infolge einen sehr stürmischen Verlauf nahm. Der Leiter der Versammlung, Rechtsanwalt Grünspach, gab zunächst Kenntnis von der beim Landgericht eingelegten Beschwerde gegen den vom Vorbesitzer Morris gestellten Konkursantrag. Der Gemeinschuldner habe sich nicht in Zahlungsschwierigkeiten befunden, vielmehr habe nur eine vorübergehende Zahlungsstockung vorgelegen, und außerdem sei er nicht vor Eröffnung des Verfahrens angehört worden. Es soll daher der Versuch der Aufhebung des Konkurses gemacht werden, um dann ein Moratorium anstreben zu können. In der außerordentlich lebhaften Debatte, bei der es an persönlichen Angriffen nicht fehlte, waren die Anwesenden im Prinzip darin einig, daß im Falle der Konkurserklärung die Gläubiger schlechter abschneiden würden, als bei einer außergerichtlichen Einigung. Es wurde daher eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die die Sachlage genau nachprüfen und in einer neuen Versammlung weitere Maßnahmen treffen soll. Allerdings wurde zugegeben, daß bei der großen Anzahl von 900 Gläubigern die Aufhebung des Konkursverfahrens äußerst schwierig und die Ermöglichung eines Akkordes zweifelhaft wäre. Die Versammlung verlangte vielmehr die Offerte einer bestimmten Vergleichsquote, doch konnte der Leiter irgendwelche festen Vorschläge nicht machen. Die Passiven betragen angeblich 800 000 Mark, denen 500 000 Mark nominelle Aktiven gegenüberstehen. Beteiligt sind Berliner und auswärtige Firmen der Konfektions-, Manufaktur-, Kurz- und Modewarenbranche.

Die Ueberführung der Leiche des Admirals v. Hollmann vom Trauerhause in der Fasanenstraße nach der evangelischen Invalidenhauskirche in der Scharnhorststraße fand gestern nachmittag statt. Dem Sarge folgten die Söhne des Verstorbenen. Der schwarze Metallsarg wurde vor dem Altar der Invalidenkirche aufgebahrt.

Die Haftung für die städtische Umsatzsteuer. Für die Umsatzsteuer haften nach § 8 der Umsatzsteuerordnung der Veräußerer und der Erwerber als Gesamtschuldner. Wenn auch in vielen Fällen die zunächst vom Erwerber eingeforderte Steuer sofort beglichen wurde, so kam es doch häufig genug vor, daß dem Erwerber Zahlungserleichterungen zugestanden wurden, oder daß eine zwangsweise Beitreibung der Umsatzsteuer notwendig wurde. Erst wenn diese letzte Maßregel, deren Ausführung sich oft Monate hindurch hinzog, verlagt hatte, war es bisher üblich, den Veräußerer als Mitverhafteten für die Umsatzsteuer in Anspruch zu nehmen. Dieses Verfahren hatte für den Veräußerer aber, der plötzlich nach so langer Zeit zur Zahlung des hohen Umsatzsteuerrestes herangezogen wurde, oft wirtschaftliche Nachteile zur Folge, die nicht eingetreten wären, wenn er früher von der Zahlungsunfähigkeit des Erwerbers in Kenntnis gesetzt worden wäre. Der Berliner Magistrat hat deshalb angeordnet, daß künftig der Veräußerer sofort Nachricht erhalten soll, sobald der Erwerber die veranlagte Umsatzsteuer innerhalb zweier Wochen nach Zustellung der Veranlagungsbenachrichtigung nicht zahlt, oder wenn ihm nach Ablauf dieser Frist Stundung erteilt wird, ohne daß eine hinreichende Sicherheit bestellt ist.

Der älteste inaktive Offizier Berlins, Oberst a. D. Friedrich v. Ziegler, der 69 Jahre lang die Uniform des Kaiser-Franz-Garde-Grenadierregiments trug, wurde gestern nachmittag auf dem alten Garnisonkirchhof in der Linienstraße zur letzten Ruhe bestattet. Oberst v. Ziegler ist fast 90 Jahre alt geworden. Als junger Offizier wurde er am 23. April 1848 im Gefecht bei Schleswig von drei Kugeln getroffen und konnte infolge seiner schweren Verwundung an den weiteren Feldzügen nicht teilnehmen. Beim Kaiser-Franz-Regiment, bei dem sein Sohn Gustav v. Ziegler Hauptmann und Kompagniechef ist, war er der Senior der alten Herren. Das gesamte Offizierkorps des Regiments mit dem Regimentskommandeur Oberst Freiherrn Raitz v. Frentz, sowie die alten Herren des Regiments waren bei der Beerdigung zugegen. Außerdem sah man Regiments waren bei der Beerdigung zugegen. Eine kombinierte Kompagnie des Kaiser-Franz-Regiments mit der Regimentsmusik bildete die Trauergarde. Militäroberpfarrer Konsistorialrat Goens hielt die Gedenkrede. Unteroffiziere trugen den Sarg zur Gruft. Die Beisetzung erfolgte in der Nähe der Ruhestätte Adolf v. Lützows, des Freikorpsführers der Befreiungskriege.

Selbstmord im Sanatorium. Im Sanatorium Grunewald in der Hagenstraße hat sich gestern nachmittag ein Patient erschossen. In der Meinung, daß er von einem unheilbaren Herzleiden befallen sei, griff der sechzig Jahre alte Ingenieur M., ein deutscher Millionär aus Amerika, zum Revolver und jagte sich eine Kugel in den Kopf. Obgleich sofort mehrere Aerzte hinzueilten, war keine Hilfe mehr möglich, da der Tod auf der Stelle eingetreten war. M. war vor etwa vierzig Jahren nach Amerika ausgewandert und hatte sich dort ein großes Vermögen erworben. Im November vorigen Jahres kam er nach Deutschland zurück und suchte das Sanatorium Grunewald auf, da er der Ansicht war, an einem unheilbaren Herzleiden erkrankt zu sein. Obgleich der behandelnde Arzt wiederholt konstatiert hatte, daß er nicht herzkrank, sondern nur nervös sei, blieb der Patient bei seiner Meinung. In einem Anfall von Verzweiflung setzte er gestern seinem Leben ein freiwilliges Ende. M. war unverheiratet. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt.

Im Schnellzug vom Tode ereilt. In der Nähe von Bitterfeld ist gestern im Schnellzug Leipzig-Berlin die Freifrau Adda v. Lilencron, geborene Freiin v. Wrangel, die am Witzlebenplatz 1/2 zu Charlottenburg wohnte, plötzlich gestorben. Der Tod trat infolge Herzschlages ein. Die Verstorbene war die Witwe des im Jahre 1864 verstorbenen Kammerherrn Karl Freiherrn v. Lilencron. Ihre Tochter ist die Gattin des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts, Generals der Infanterie Grafen v. Kirchbach. Die Leiche der Freifrau wurde in Bitterfeld aus dem Zug gehoben und einstweilen im dortigen Stationsgebäude untergebracht. Auf telegraphische Mitteilung hat sich gestern nachmittag Graf v. Kirchbach mit seiner Gattin nach Bitterfeld begeben, um die Ueberführung der Leiche nach Charlottenburg in die Wege zu leiten.

Betrügereien in Berliner Papiergeschäften. Zahlreiche Geschäfte der Berliner Papierwarenbranche sind in letzter Zeit durch einen Pseudoeinkäufer geschädigt worden. Der „Einkäufer" besucht angeblich im Auftrag einer großen Firma in Dortmund die einschlägigen Geschäfte, macht im Namen jener Firma umfangreiche Bestellungen und läßt sich dann, da ihm zufällig das Reisegeld knapp geworden ist, größere Darlehen geben. In einem Fall ließ er sogar durch die geschädigte Firma ein Telegramm um Geldsendung an die Firma in Dortmund senden, verschwand aber, ehe noch die Antwort der Firma eintraf. Bisher ist es nicht gelungen, den Schwindler zu verhaften. — Die Untersuchung der Warenhausdiebstähle, über die wir in der gestrigen Abendausgabe berichteten, hat ergeben, daß der Kaufmann P. nicht nur in dem Kaufhaus, in dem er zuletzt angestellt war, sondern auch in einigen anderen Geschäften Diebstähle begangen hat. Das Verzeichnis der gestohlenen Gegenstände füllt in dem amtlichen Protokoll viele Seiten. Der größte Teil der entwendeten Waren ist bereits den Eigentümern wieder zugestellt worden. Da Fluchtverdacht nicht vorliegt, wurde P. gestern abend wieder auf freien Fuß gesetzt.

Zu der Familientragödie in Neukölln hatte eine hiesige Lokalkorrespondenz berichtet, daß der frühere Gastwirt Fabian, dessen Frau ihre drei Kinder und sich selbst vergiftete, seine Schankwirtschaft in der Zimmerstraße 19 wegen schlechten Geschäftsganges habe verkaufen müssen. Herr Fabian bittet uns, mitzuteilen, daß das Geschäft an sich gut ging, daß es aber infolge der Krankheit der Frau Fabian so litt, daß er es aufgeben mußte.

Zwischenfälle in einer Generalversammlung der „Terraingesellschaft am Flugplatz Johannisthal" führten vor einiger Zeit, wie berichtet, zu einer Privatklage des Justizrats Eschenbach gegen den Direktor der Gesellschaft Arthur Müller. Die Klage wurde gestern vor der fünften Strafkammer des Landgerichts II in zweiter Instanz verhandelt. Zwischen dem Privatkläger, der früher Aufsichtsrat der Gesellschaft für Land- und Industriebau gewesen, und dem Direktor Müller schwelten persönliche und materielle Differenzen, die zu gerichtlichen Klagen Veranlassung gegeben hatten. Inzwischen waren in mehreren Zeitungen Artikel erschienen, die die Gründungsgeschichte und die sonstigen Verhältnisse der Flugplatzgesellschaft in abfälligem Sinne besprachen und eine herbe Kritik an der Geschäftsleitung des Direktors Müller übten. Dieser glaubte Grund zu der Annahme zu haben, daß diese Presseskampagne auf den Justizrat Eschenbach zurückzuführen sei. In der am 19. Juli stattgefundenen Generalversammlung ging es sehr erregt zu. Während Direktor Müller verschiedene an ihn gerichtete Fragen beantwortete, rief ihm Justizrat Eschenbach zu: „Ihr ganzes Gebahren ist ja schon in der Oeffentlichkeit durch die Presse genügend gebrandmarkt worden!", worauf ihm Direktor Müller erwiderte: „Darüber können Sie doch gar nicht reden, denn Sie sind es ja, der die ganze Preßhetze gegen mich inszeniert hat!" Diese Aeußerung hatte Justizrat Eschenbach zum Gegenstand der Beleidigungsklage gemacht, indem er die Behauptung für unwahr erklärte und darauf hinwies, daß es für ihn als Justizrat und Notar beleidigend sei, wenn man ihn beschuldige, eine „Preßhetze zu inszenieren". Das Schöffengericht Berlin-Schöneberg hatte, unter Ablehnung umfangreicher Beweisanträge, auf Freisprechung erkannt, da es dem Angeklagten den Schutz des § 193 des Strafgesetzbuches zubilligte. Gegen das freisprechende Urteil hatte Justizrat Eschenbach Berufung eingelegt. Das Gericht erkannte auf Verwerfung der Berufung. Die Beweisaufnahme habe ergeben, daß der Privatkläger dem ihm bekannten Schriftsteller Eschwege Material zu Artikeln zur Verfügung gestellt hatte, andererseits sei nicht erwiesen, daß dieses in gehässiger Weise verwertet worden sollte, der Vorwurf der „Hetze" sei also nicht gerechtfertigt. Dem Angeklagten stehe aber der Schutz des § 193 zur Seite, denn er habe sich in gutem Glauben befunden, als er in der erregten Generalversammlung die unter Anklage gestellte Aeußerung tat.

Die „Notlage" des Diebes. Eine eigenartige „Notlage" hat den Chauffeur Peter Petri, der gestern vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I stand, dazu getrieben, einen schweren Diebstahl zu begehen. Der Angeklagte verbüßt zurzeit eine Zuchthausstrafe in Rendsburg. Er war seinerzeit in Offen wegen einer Straftat festgenommen worden, es gelang ihm aber, zu entweichen. Er wandte sich nach Berlin und fand hier bei dem Auktionator Hemme eine Stelle als Schreiber. Er verlor sein Amt zur Zufriedenheit seines Chefs, erfuhr jedoch, daß die Polizei ihm auf den Fersen sei und hielt es deshalb für angezeigt, aus Berlin wieder zu verschwinden. Um sich das nötige Reisegeld zu verschaffen, verfiel er auf folgenden Trick: Am Ostersonntag, als das Geschäft seines Chefs geschlossen war, erschien er dort, und da er keinen Schlüssel zu den Geschäftsräumen hatte, wandte er sich an den Portier und erklärte ihm, daß er unbedingt in das Bureau müsse, da eine sehr dringende, nicht aufschiebbare Sache erledigt werden müsse. Der Portier kam diesem Ersuchen nach, öffnete die Tür mit einem Dietrich und überließ den Angeklagten sich selbst. Der Angeklagte entwendete eine wertvolle Rokokuhr, die seinem Chef zum Verkauf übergeben worden war. Er versetzte die Uhr und flüchtete. Er wurde später wieder bei einer Straftat ertappt und zu einer Zuchthausstrafe verurteilt. Der Gerichtshof hielt dem Angeklagten zugute, daß er sich bei Ausübung des unter Anklage stehenden Diebstahls in einer Art Notlage befunden habe, da die Polizei ihm auf der Spur war. Das Gericht billigte ihm daher mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis.

Gemeinschaft der Gnostiker. Dr. E. H. Schmitt hält heute abend 8½ Uhr im Café Austria, Potsdamer Straße 28 (oberer Saal), einen öffentlichen Vortrag über „Das Evangelium Pistis Sophia oder der Entwicklungsgang des Geistes." Nach dem Vortrag findet Diskussion statt.

Der heutigen Nummer liegt ein Prospekt der Firma A. H. Schultze & Co., Berlin O., Scharnweberstraße 55, betreffend „Marabera" bei.

Der Etat des Innern im Reichstage.

(Schluß der 96. Sitzung.)

Zur Unterstützung der Familien von Reservisten

sind 3 909 000 Mark in den Etat eingesetzt, 297 000 Mark mehr als im Vorjahre.

Abg. **Rauch** (Soz.) fordert eine Erhöhung dieses Etatstiels. Die den Reservistenfamilien gewährten Unterstützungen seien meist ganz unzureichend. Die Unterstützung sollte überhaupt in eine Entschädigung umgewandelt werden, die vollen Ersatz für den entgangenen Arbeitsverdienst gewährt. (Beifall bei den Soz.) Der Redner begründet eine Resolution, die eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze fordert.

Direktor Dr. **Lewald:** Der Antrag des Vorredners würde eine große finanzielle Tragweite haben. In den letzten Jahren ist der Fonds ziemlich regelmäßig um 300 000 bis 400 000 Mark erhöht worden, und bei der Verstärkung des Heeres und der allgemeinen Steigerung der Löhne wird der Betrag noch weiter steigen. In der überwiegenden Zahl der Fälle beziehen die Privatangestellten auch bei militärischen Uebungen das volle Gehalt weiter, und auch sonst ist die Zahl derjenigen, die auf staatliche Unterstützung angewiesen sind, nicht so groß, wie es scheinen könnte.

Abg. **Erzberger** (Zentr.): Meine Freunde stimmen dem sozialdemokratischen Antrag zu; wir können uns aber seiner Begründung nicht anschließen und vor allem nicht dafür eintreten, daß den Unterstützungssätzen der wirkliche Arbeitsverdienst zugrunde gelegt wird. Dabei würden diejenigen am besten wegkommen, die an sich schon am meisten verdienen. Wir wollen diejenigen am meisten berücksichtigen, die es am meisten nötig haben. Die Einwände des Regierungsvertreters gegen eine allgemeine Erhöhung der Unterstützungssätze sind nicht stichhaltig. Wir stimmen für die Resolution. Die erforderlichen Mittel sind vorhanden, denn wir haben doch fast hundert Millionen Ueberschuß, und wir sollen doch auch die Besitzsteuer bekommen. Die beste Lösung wäre eine Erhöhung des Prozentsatzes vom ortsüblichen Tagelohn. (Beifall im Zentrum.)

Abg. **Koch** (Fortschr. Vp.): Wir sind für den Antrag. Doch sollte der Entschädigung der wirkliche Arbeitsverdienst bis zur Höhe von 2000 Mark zugrunde gelegt werden.

Abg. **Brühne** (Soz.): Die 100 Millionen Ueberschüsse sind aus dem Volke herausgepreßt, sie können wohl zurückgezahlt werden.

Abg. **Schulenburg** (Natl.): Auch wir werden der Resolution zustimmen. Allerdings möchten wir der Anregung des fortschrittlichen Redners, nicht den ortsüblichen Tagelohn zugrunde zu legen, nicht ohne weiteres folgen. Sehr bedauerlich ist, daß die Unterstützungen sehr spät, manchmal erst nach Monaten ausgezahlt werden. Man sollte die Leute keinenfalls länger auf ihre Bezüge warten lassen, als nötig ist. Das liegt schon im Interesse der Gesamtheit. Namens meiner Fraktion möchte ich noch erklären, daß wir energisch für

die Erhöhung der Veteranenbezüge

eintreten. Unter den alten Kriegern herrscht eine große Bewegung, und sie haben an mich die Bitte gerichtet, ihre Wünsche zu vertreten. Leider ist es ja eine falsche Aufstellung von ihnen, daß wir von hier aus ihre Bezüge erhöhen können. Und doch ist das dringend nötig. Aber wir hoffen doch, daß den Veteranen möglichst bald höhere Bezüge gezahlt werden.

Ministerialdirektor Dr. **Lewald** sagt eine Beschleunigung des Verfahrens bei Auszahlung der Entschädigung zu.

Die Resolution wird angenommen.

Für Einrichtungen und Veranstaltungen im allgemeinen Interesse des deutschen Handels sind 80 000 Mark eingesetzt.

Abg. **Thöne** (Soz.) wünscht Förderung des Vereins zur Schiffbarmachung der Werra.

Unterstaatssekretär **Richter** erwidert, daß die Regierung dem Plane der Schiffbarmachung der Werra sympathisch gegenübersteht, daß aber aus diesem Fonds keine Unterstützung gewährt werden könne.

Abg. **Kraetzig** (Soz.) tritt für Hebung der Baumwollkultur in unseren Kolonien ein.

Bei weiteren Titeln befürwortet Abg. **Hoefch** (Kons.) die Förderung der Gesellschaft für Züchtungskunde, während Abg. **Wallenborn** (Zentr.) für den Pomologenverein eintritt.

Abg. **Behrens** (Wirtsch. Vg.) bedauert, daß für die

Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche

so wenig geschieht, obwohl der Reichstag immer tagelang darüber verhandelt. Der Redner wünscht Förderung des Gemüsebaues und des Obstbaues.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Es ist ein dankbares Geschäft, Anregungen zu geben und ein undankbares, solche Anregungen, denen meist ein gesunder Gedanke zugrunde liegt, aus formalen Gründen zu widersprechen. Das Reich kann für Obstbau, Gemüsebau, Viehzucht nur geringe Mittel anwenden. Die Bundesstaaten und die Organisation der Landwirte leisten auf diesem Gebiete schon außerordentliches. Unsere ganze Prophylaxe, wie sie das Viehseuchengesetz vorsieht, muß man sich einmal bewähren lassen, ehe man mit Korrekturen kommt. Die Forschungen zur Feststellung des Erregers der Maul- und Klauenseuche werden von uns unterstützt.

Abg. **v. Boehn** (Kons.) wünscht eine dauernde Unterstützung der Gesellschaft für Züchtungskunde.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Ein Verein kann nicht besonders bevorzugt werden. Alle Vereine, die auf diesem Gebiete tätig sind, sollen unterstützt werden.

Abg. Dr. **Wendorff** (Fortschr. Vp.) empfiehlt die Förderung der Einfuhr von englischem Zuchtvieh.

Eine Resolution Graf Posadowsky (bei keiner Fraktion), die im nächsten Etat eine Erhöhung des Beitrags für den Verband deutscher Arbeitsnachweise fordert, wird angenommen, nachdem Abg. Dr. **Doormann** (Fortschr. Vp.) die Erhöhung des Beitrages im nächsten Etat von 30 000 auf 50 000 Mark empfohlen hatte.

Abg. **Schulz**-Erfurt (Soz.) beantragt die Umwandlung der Reichsschulkommission in ein selbständiges

Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen.

Auch die Lehrertage haben sich immer für ein Reichsamt ausgesprochen.

Abg. **Kuckhoff** (Zentr.): Das wäre der erste Schritt zu einem Reichsschulgesetz. Diese Fragen der Schulunterhaltung und des konfessionellen Religionsunterrichts wollen wir aber den Bundesstaaten überlassen. Darum sind wir gegen den Antrag. Die Aufhebung des Einjährigenprivilegs wünschen wir nicht, schon deshalb nicht, weil das dem Reiche 24 Millionen Mark kosten würde. Zur erwägen wäre die Einführung einer allgemeinen Prüfung zur Berechtigung des Einjährigendienstes.

Abg. **Kerschensteiner** (Fortschr. Vp.)

stellt fest, daß schon seit Jahrzehnten ein Reichsschulgesetz von den verschiedensten Seiten gefordert wurde. Die Schule hat die Aufgabe, die Kulturbilder der Vergangenheit der Gegenwart zu übertragen. Das Schlimmste ist die stete Bevormundung der Schule durch Jahrhunderte alte Gesetze und Einrichtungen. Der sozialdemokratische Antrag bezweckt eine Uniform für unser Schulwesen. Die Uniform hat ihren guten Zweck. Man kann an Kragen und Aehselstücken erkennen, wie viel ein jeder dem Staate wert ist. (Heiterkeit.) Man merkt Ihnen (zu den Sozialdemokraten) eine steigende Liebe zur Uniform an. (Heiterkeit.) Hier wollen Sie eine neue Uniform. Nun wissen wir: je höher ein Amt, desto gescheiter sein Inhaber. Der Oberehat immer recht. (Heiterkeit.) Das ist sogar nötig. Denn es gibt immer Untergebene, die glauben, recht zu haben. (Heiterkeit.) Die Omnipotenz macht eine Behörde unfehlbar. Ist sie die einzige, so ist das um so gefährlicher. Ich will lieber mit sechzig unfehlbaren Päpsten zu tun haben, die heben sich gegenseitig auf, als mit einem einzigen. (Heiterkeit.) Das ist ein sehr erheblicher Unterschied. In der Schule ist es nicht anders. Wer es nicht glaubt, kennt den Schulmeister schlecht. (Große Heiterkeit.) Die Schule leistet das Beste, wenn sie nach ihren persönlichen Bedürfnissen geleitet wird. Die Einheitlichkeit ist ein großes Hemmnis in geistigen Dingen. (Sehr richtig!) Sie kann nur schädlich sein. Diese Freiheit ist besser als ein einheitlich zentralisiertes Schulwesen, wie es in Oesterreich besteht. Wir können da eine langsame, allmähliche Verknöcherung beobachten. Jeder kleine Staat soll sei eigenes Schulwesen haben. Man sehe die ungeahnte Entwickelung der amerikanischen Schulkinder, die sich durch eine wirkliche Beobachtung auszeichnen. Aehnlich ist die Entwickelung in der Schweiz geworden.

Wir haben in Bayern auch diese Dezentralisation. Ein schwäbischer Käsehändler beantragte sogar einmal die Einführung der bloß sechsjährigen Schulzeit. Das Zentrum unterstützte ihn dabei. Er sagte, er wolle mit der liberalen Schule rasa tabula machen. (Heiterkeit.)

Rasa tabula — er versteht was von der Schule!
Tabula rasa — er versteht was vom Kas' a!

(Große Heiterkeit.)

Bei uns herrscht

eine Erziehungsnot.

Wir fühlen das. Wir Süddeutschen fürchten aber, daß das Reichsschulamt in königlich preußischer Uniform auftreten würde. Der Geist der absoluten Strammheit ist zu mächtig in Preußen, selbst bei der königlich preußischen Sozialdemokratie. (Heiterkeit.) Das erklärt manche Ketterverbrennungen bei ihr. Wir haben ein leichtes Gruseln vor Uniformierung und Bureaukratie. Diese beiden Heiligen dürfen nicht maßgebend sein. Unsere höheren Schulen leisten nicht das Nötige; alle Lehrer, die es mit der Schule ernst meinen, sind der Ansicht. Der einzige Ausweg ist, das Einjährigenfreiwilligenrecht zu erweitern. Was braucht der Einjährige? Klaren Kopf, gesunden Körper, anständige Gesinnung. Das geben aber die höheren Schulen nicht — im Gegenteil! (Heiterkeit.) Sie sind vielfach nichts als Dressuranstalten und Hobelmaschinen. Man kann unendlich viel wissen und doch ein unglaublich dummer Kerl sein. (Schallende Heiterkeit.) Wir sind stärker als die Militärverwaltung, wenn wir nur wollen. (Beifall.)

Die Beratung wird dann auf 8 Uhr abends vertagt.

Die mißlungene Abendsitzung.

96. Sitzung, Donnerstag, den 23. Januar.

Abendsitzung.

Am Bundesratstische: Dr. Delbrück.

Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 8 Uhr.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird beim Titel „Reichsschulkommission" fortgesetzt.

Abg. **Zürn** (Rp.) ist gegen ein Reichsschulamt.

Abg. **Gröber** (Zentr.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses und beantragt Vertagung.

Vizepräsident Dr. **Paasche:** Da die Beschlußunfähigkeit des Hauses feststeht, muß ich zu meinem Bedauern die Sitzung schließen.

Freitag 1 Uhr pünktlich: Kurze Anfragen. Weiterberatung.

Schluß 8 Uhr 10 Minuten.

Vereine und Versammlungen.

Sitzung haben Freitag abend.

Demosthenes (gegr. 1904). Verein zur Heilung Stotternder. 8½ Uhr, Burghotel, Burgstraße 20, I.

Stenographenverein Stolze-Schrey, Nordwestbezirk. 8½ Uhr, Restaurant Prinz Wilhelm, Birkenstraße 1.

Schachklub Springer. 8½ Uhr, Vereinshaus, Köpenicker Straße 62.

Charlottenburger Gesangverein Loreley, gem. Chor. 9 Uhr, Kaiser-Friedrich-Straße 63.

Berliner Orchesterverein, gegr. 1883. 9 Uhr, Köpenicker Straße 127a.

Rollerscher Stenographenverein Moabit. 8½ Uhr, Köhlerhütte, Emdener Straße 19.

Verein Berlin:r Tanzlehrer, gegr. 1876. 9 Uhr, bei Hoppe, Rosenthaler Straße 4.

Berliner Zentralverein für Stenotachygraphie, Bezirk Nord. 9 Uhr, Zur alten Post (Gill), Lothringer Straße 62. — Bezirk West. 9 Uhr, Alte Bierklause, Bülowstraße 26.

Touristenklub für die Mark Brandenburg, gegr. 1884. 8½ Uhr, Lehrervereinshaus, Alexanderstraße 41.

Stenographenverein Stolze-Schrey zu Berlin, Westbezirk. 8½ Uhr, Wirtshaus Karlsbad, Potsdamer Straße 123A.

Verein für Volkskunde, abends 7½ Uhr im Saale G des Architektenhauses (Hochparterre).

Berliner Zitherklub 1858, 9 Uhr, Restaurant Benoit, Luckauer Straße 6.

National-Stenographen-Verein Berlin-Schöneberg. 8½ Uhr, Altes Bürgerkasino, Hauptstraße 107.

Salem Aleikum
mit Hohlmundstück
Salem Gold
Goldmundstück
Cigaretten
Etwas für Sie!
№ 3½ 4 5 6 8 10
3½ 4 Pf. d. Stck. 5 6 8 10 Pf. d. Stck.
Konsum-Qualitäten. Keine Ausstattung Nur Qualität.
Luxus-Qualitäten. In Original-Metall-Kartons von 20 Stück
Oriental. Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Yenidze, Dresden
Inh. Hugo Zietz Hoflieferant S. M. d. Königs v. Sachsen

Probiert Gerstenflocken, Marke „HEDRICH".
Hausfrauen!
Sehr nahrhaft, bekömmlich, wohlschmeckend, sparsam und billig im Gebrauch. Fordern Sie bei Ihren Kolonialwarenhändlern Kochrezepte u. Prospekte. 1/1 Pfd.-Paket 35 Pfg., 1/2 Pfd.-Paket 20 Pfg. C. HEDRICH, Dampfmühle, Altona.

Anzeigen-Annahme in allen Filialen der Berliner Volks-Zeitung.

Arbeitsmarkt

Insertionspreis 50 Pfennig pro Zeile, Stellen-Angebote u. Gesuche 40 Pfennig.

Männliche Personen

Klavierspieler verlangt **Wolter,** Pücklerstraße 50.

Klavier-, Harmoniumspieler sof. Biophp.-Theater, Berl. St. 107, Chartbg.

Weibliche Personen

Schraubendreherinnen v. Schraubenfabrik **Mertens,** Kottbuserdamm 75.

50 Mamsells Kostüm-Jackets verl. **Taube,** Bernauerstr. 40/41. *

50 Mamsells Röcke verlangt **Taube,** Bernauerstr. 40/41. *

Mädchen für Lederarbeit verlangt **Friedrich,** Nichtkofenstr. 13.

Albumkleberin
verlangt **Weigert,** Oranienstr. 25.

Mamsells auf Kostümjacken und Röcke, hoh. Wochenl., verl. **Tritler,** Brunnenstr. 44, IV.

Arbeiterinnen auf Kostümjacken,
große Posten, verlangen **Epstein & Baruchsohn,** Bernauer Straße 74. *

Ein sauberes Mädchen,
das selbständig die Wirtschaft führen kann, gute Behandlung, verlangt **Koch,** Winsstr. 33, vorn II.

Zuschneiderinnen
für **Knabenkonfektion** gesucht. **Kaufmann & Goldschmidt,** Magazinstr. 6—7.

Mamsells
für **Kostümjacken u. Mäntel** im Hause, perfekte Arbeiterin, verlgt. **Hermann Engel,** Landsberger-Str. 39, I. *

Bildhauer

Ja. figur. Bildh. werd. der sof. verl. die in Marmor kein. woll. Bostell. Bildhauerei, Gb., Wilhelmstr. 18.

T. **Bildhauer,** erste Kraft, f. Ornam. u. Fig. verl. **Schlosser,** Bäckstr. 25 II. Stellenverm. für Holzbildh., tägl. v. 8—9 Uhr unentg. Tel. Mpl. 13740.

Buchbinder-Lederarbeit

Gebrauchte Maschinen lief. **Otto Schmiedchen,** Dresdenerstr. 35. *

Ja. **Portefeuiller** sucht dauernde Stellung als Zuschneider, Nieter rc. Offerten **A. S.** Postamt 7.

Celluloidarbeiter

Tücht. Bieger u. Biegerinnen verl. **Döbberlin,** Greifenauerstr. 41.

Tuchscheiter, Kammmacher, Burschen und Mädchen gesucht. **Kammfabrik Brahn u. Co., Hohenschönhausen.**

Drechsler

Eine größere Berliner Knopffabrik sucht per sofort einige

Tücht. Knopfdreher,
speziell für **Stoffknöpfe.** Offerten unter **J. P. 4015** bef. **Rudolf Mosse, Berlin SW.** *

Maler-Lackierer

Ein taubstummer **Maler** sucht Beschäftigung jeder Art Zink- und Bronze-Galanterie sowie auch Zeichnerei in einer Fabrik. Bürste auch andere Beschäftigungen annehmen. **F. Jakowski,** **Driesener Straße 5,** vorn IV. *

Geschulter Lackierer
für Kristallschleiferei gesucht. Offerten unter **J. S. 4017** befördert **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Metallgewerbe

Schlosser, 20 J. sucht Beschäft. jeder Art. **Hanicke,** O. 27, Kraustr. 18

Junger Klempner, 21 J., sucht Beschäftigung, auch andere Arbeit. **P. Lang,** Danzigerstr. 11.

Gebr. **Schlosserei-Einrichtung** zu kaufen gesucht. Off. unt. **Sp. 112** an **Rudolf Mosse, Spandau.**

Automateneinrichter,
mit Reparatur, vertraut, sucht Stell. an größeren Automaten im Lohn. Lohnoff. erb. **J. G. Postamt 42.**

Suche Stellung als Reparatur-Maschinenschlosser in od. außer Berlin, auch Montage. **Otto Minks, Neukölln,** Rosenstr. 22.

Werkzeugmaschinen
für Metall- und Eisenindustrie. Schlußausverkauf. **Franz Friedmann,** Andreasstr. 32.

Langjähriger Werkmeister
der Maschinen-, Metall-, Fahrrad- und Automobilbranche sucht passende, evtl. auch Vertrauensstelle. Offerten **L. S. 56 Hauptpost, Steglitz.**

Tüchtig. Klempnermstr.,
Abfolvent e. Fachschule, eingearbeitet in Zahlgeräte, Luxus- und besseren Werkstückwar., sucht p. 1. 4. 13 dauernde Stellung. Off. erb. u. **E. Q. 2119** an **Rudolf Mosse,** Prinzenstr. 41.

Dreher u. Schlosser a. Schnitt u. Stanzen verl. Ritterstr. 49. **F. Kaube.**

Schleifer a. Wollmesser verl. **Badtke,** Dragonerstr. 29.

Schlosser und Galvanisierungs-Hilfsarbeiter sucht **Gawatsch,** Melchiorstr. 6.

Tücht. Schlosser f. uns. Zentrifugal-Pumpenbau gel. Maffei-Schwartzkopff-Werke G. m. b. H., Wildau bei Berlin.

Kunstformer
für **Monumentalbronze** sowie **Ciseleure für Guß**
sof. ges. **Dauernde, angen. Stelle. Kölner Kunstgießerei Bentele & Kloeckner, Cöln, Braunsfeld.**

Schlossergesellen
verlangt Kurfürstenstraße 6.

Gürtler oder **Zusammensetzer,** mit Schraubstockarb. verl. **Johannes Richter,** Armaturenfabr., Lindowerstr. 18/19.

Schlosser
auf Beleuchtung und Gitter verl. **Akt.-Ges. Spinn & Sohn,** Wasserkorstr. 9.

Vorarbeiter
für **Fräserei—Bohrerei** einer größeren Elektricitäts-Gesellschaft gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und Lohnanprüche erbeten unter **S. F. 463** an **Rudolf Mosse, Berlin, Schulzendorferstr. 27.**

Vorarbeiter
für **Wickelei,** welche auch mit der Arbeitseinteilung vertraut sind, werden von **Berliner Großfirma** gesucht. Angebote mit Angaben über bisherige Tätigkeit und Lohnanprüche erbeten unter **S. G. 464** an **Rudolf Mosse, Berlin, Schulzendorferstr. 27.**

Tüchtige Vorarbeiter
für **Kleindreherei,** mit der Arbeitseinteilung vertraut, werden von Berliner Firma gesucht. Angebote mit Lohnanprüchen und Angaben der bisherigen Tätigkeit erbeten unter **S. H. 465** an **Rudolf Mosse, Berlin,** Schulzendorferstr. 27.

Vorarbeiter
für **Stanzerei,** vertraut mit der Arbeitseinteilung, werden von Berliner Firma gesucht. Angebote mit Angabe der Lohnanspruche und der bisherigen Tätigkeit erbeten unter **S. J. 466** an **Rudolf Mosse, Berlin,** Schulzendorferstr. 27.

Vorarbeiter
für **Montage-Werkstätten** einer größeren Elektricitäts-Gesellschaft, welche auch mit der Arbeitseinteilung vertraut sind, gesucht. Angebote mit Angabe der bisherigen Tätigkeit und der Lohnanprüche erbeten unter **S. K. 467** an **Rudolf Mosse, Berlin, Schulzendorferstraße 27.**

Berlin eingeführt. Die Summe von 250 Mark, von der der Abgeordnete Hoffmann spricht, ist wohl ein Irrtum.

Abg. **Malkewitz** (Kons.): Der Bund der Landwirte hat die Postkarten beim deutschen Unternehmer bestellt und sie sind auch von einem deutschen Unternehmer geliefert worden. Wenn er gewußt hätte, daß sie in Amerika gedruckt werden, hätte er diesen Auftrag nicht erteilt.

Abg. **v. Kloden** (b. k. Fr.): Die Hälfte der Postkarten sind in Hamburg, die andere Hälfte in Berlin gedruckt, in Amerika sind überhaupt keine gedruckt.

Abg. **Hoffmann** (Soz.) erklärt, sich bei den 250 Mark nur versprochen zu haben, er habe zuerst die richtige Summe 2250 Mark angegeben. Wenn die Postkarten auch in Deutschland bestellt seien, so seien die Zahlenangaben darauf echt amerikanisch.

Das Haus vertagt sich. Außerhalb der Tagesordnung erklärt

Abg. **Friedberg** (Natl.): Gestern hat der Abg. Dr. Hahn die Aufmerksamkeit der Lotterieverwaltung auf den Abg. Held gelenkt. Ich habe dazu festzustellen, daß ich inzwischen folgende Information erhalten habe. Die Nationalliberale Reichstagsfraktion hat sich bereits früher und neuerdings wieder an die Lotterieverwaltung mit der Bitte um Aufklärung gewendet. (Oho! hört!) Ich lege Wert darauf, dies festzustellen, und komme darauf noch später zurück.

Nächste Sitzung: Freitag 10 Uhr (Rest des Landwirtschaftsetats, Geschäftsetat).

Das Schiff als Eroberer, Ernährer und Entdecker.

Im Museum für Meereskunde.

[Nachdruck verboten.]

Unsere heutige Wanderung gilt dem Museum, das von allen Berliner Einrichtungen dieser Art die volkstümlichste und daher auch die am meisten besuchte ist: dem Museum für Meereskunde. Allerdings ist es weniger dieses Museum, als die mit ihm verbundene, der Geschichte und Entwickelung der deutschen Kriegsmarine gewidmete Reichsmarinesammlung, die allgemeine und rege Beachtung auf sich zieht. Die Wunder der Meerestiefe haben ihre unbestrittenen Reize. Aber ein Kriegsschiff mit all seinem Um und Dran zu schauen, macht auf jung und alt doch noch weit mehr Eindruck. Der englische Minister Palmerston hat seinerzeit das unfaßlich verächtliche Wort gesprochen, daß die Deutschen es sich nie einfallen lassen sollten, zur See irgendwelche Geltung zu beanspruchen. Heute ist Deutschland der gefährlichste Nebenbuhler Englands auf dem Meer. Wenn man Augen- und Ohrenzeuge der Teilnahme ist, die von den Besuchern des Museums für Meereskunde allem, was sich auf die Marine bezieht, entgegengebracht wird, so lernt man die Eignung ermessen, die auch dem Deutschen für das Ringen um die Seegeltung innewohnt.

Das Museum für Meereskunde gehört zu dem Institut für Meereskunde, das an der Berliner Universität besteht. Seinem Alter nach ist es eines der jüngsten Berliner Museen. Sein Gründer ist der Freiherr F. v. Richthofen, dessen Oelbild in einer der Abteilungen des Museums zu sehen ist. Im Jahre 1900 begann Herr v. Richthofen mit der Schöpfung des Museums und am 5. März 1906 wurde es dem allgemeinen Besuche zur Verfügung gestellt. Das Museum ist, und zwar stets unentgeltlich, geöffnet: Montags, Mittwochs und Sonnabends von 10 bis 3 Uhr und Sonntags von 12 bis 4 Uhr. Die zweiten Feiertage der großen Feste gelten als Sonntage. An den übrigen Feiertagen, zu denen auch, wie besonders hervorgehoben sei, Kaisers Geburtstag gerechnet wird, sowie an den übrigen Wochentagen ist das Museum geschlossen. Eine Ausnahme besteht nur insofern, als Schulklassen und Vereine das Museum auch am Dienstag jeder Woche besuchen dürfen. Ein besonderes Entgegenkommen der Leitung des Museums gibt sich darin kund, daß, wie der gedruckte, vornehm ausgestattete und mit hübschen Abbildungen versehene „Führer" besagt, den man für fünfzig Pfennig an der Kleiderablage des Museums erhält, das Zeichnen und Photographieren der ausgestellten Gegenstände gestattet ist.

Als Zubehör der Universität ist das Museum für Meereskunde auch in einem der Universität gehörenden Gebäude untergebracht: in dem wenige Schritte vom Bahnhof Friedrichstraße entfernten Hause Georgenstraße 34/36, das früher als chemisches Institut der Universität diente. Die Museumsräume nehmen das Erdgeschoß und das obere Stockwerk ein. Unten ist die Reichsmarinesammlung untergebracht; oben findet man die der Meereskunde geltenden Abteilungen: eine ozeanologische Sammlung, durch die des Weltmeeres Größe, seine chemischen und physikalischen Zustände sowie seine Bewegungen veranschaulicht werden; ein Instrumentarium, das die für Schiffahrt und Meeresforschung dienenden Instrumente birgt; eine biologische Sammlung, die das Leben des Meeres vor Augen führt und in einer besonders, der Fischerei gewidmeten, umfangreichen und mannigfaltig ausgestatteten Gruppe zeigt, welcher Nutzen aus den Tieren des Meeres gezogen wird; und eine geschichtlich-volkswirtschaftliche Sammlung, die dem Schiffbau, der Schiffahrt, dem Seeverkehr, dem Hafen- und Rettungswesen gewidmet ist.

Die jetzigen Räume sind für diese Fülle von Sehenswertem viel zu klein. Das ganze Gebäude müßte entweder der Reichsmarinesammlung oder dem Museum für Meereskunde zur Verfügung stehen. Diese Sammlung und dieses Museum passen zwar vortrefflich zueinander, aber für beide ist kein ausreichender Platz in dem Gebäude. Da es nicht zweckmäßig erschien, die Sammlung von dem Museum zu trennen und anderswo unterzubringen, hat man sich zu einer erheblichen Erweiterung der Räume entschlossen, indem man das rückwärtige Haus Dorotheenstraße 9, in dem sich bisher ein Teil der Universitätsbibliothek befand, hinzugenommen. Die nötigen Umbauten werden gegenwärtig ausgeführt, und nach einiger Zeit wird man die Sammlungen besser aufstellen können. Auch die Besucher werden es für die Besichtigung bequemer haben. Jetzt ist es in diesem so stark besuchten Museum sehr „gedrange", wie manche zu sagen pflegen.

Ob auch die erweiterten Räume lange genügen werden, ist zu bezweifeln, da gerade die hier untergebrachten Sammlungen sehr rasch wachsen. Man denke nur an den Ausbau und die Vervollkommnung unserer Kriegsflotte, die natürlich auch die Reichsmarinesammlung vermehren. Andererseits führen allerhand wissenschaftliche Unternehmungen dem Museum für Meereskunde immer neue Beiträge zu. Für die nächsten zehn Jahre aber wird wohl durch den Erweiterungsbau gesorgt sein. Der Eingang zu dem Museum wird sich auch dann, wenn das Haus Dorotheenstraße 9 zu ihm gehört, in der Georgenstraße, und zwar nur dort befinden. Für viele wird das einen Umweg bedingen, den aber niemand sich verdrießen lassen möge. Das Innere des Museums entschädigt ihn reichlich dafür. Wer es einrichten kann, gehe zu, daß er zwischen 12 und 1 Uhr im Museum sich aufhält. Um diese Zeit pflegt im Erdgeschoß ein Torpedoapparat in Gang gesetzt und erläutert zu werden; eine Vorführung, der namentlich die liebe Jugend mit „Feuer"eifer folgt.

Schon die Eingangshalle und der Flur des Erdgeschosses des Museumsgebäudes dienen Ausstellungszwecken. Man findet hier Waffen der preußischen und deutschen Kriegsmarine aus früheren Tagen, sowie einen Raketenapparat zur Rettung Schiffbrüchiger. In dem Historischen Saale, den man alsdann betritt, stellen Gemälde, Bilder und Stiche Ereignisse aus der Geschichte des deutschen Seekriegswesens dar. Berücksichtigt sind die Zeit der Hanse, die Zeit des Großen Kurfürsten und die Zeit der preußisch-deutschen Flotte. Zur Ergänzung der bildlichen Darstellungen dienen einige Modelle von Seekriegsfahrzeugen jener Zeiten. An viele rühmliche Taten deutscher Seeleute wird man in diesem Saale erinnert. Aber auch ein Andenken an das unrühmlichste Ereignis in der Geschichte der deutschen Seemacht befindet sich hier. Es ist ein Abdruck des in drei Sprachen, deutsch, englisch und französisch, abgefaßten Verkaufsausschreibens, das die Versteigerung der Schiffe der deutschen Reichsflotte, die von der Bundesversammlung am 2. April 1852 beschlossen wurde, bekannt gibt.

Eine breite Treppe führt von hier aus in den großen Lichthof, in dem die deutschen Kriegsschiffe der jüngsten Zeit in sehr sauber ausgeführten Modellen zur Darstellung gebracht sind. Das Hauptstück dieser Sammlung bildet ein die Mitte des Lichthofes einnehmender, fünf mal sechs Meter großer Glaskasten, der eine Linienschiffsdivision im Hafen vor Anker zeigt. In den Gängen ringsum sind allerhand Maschinen, Geschütze und Ausrüstungsgegenstände von Kriegsschiffen, Taucherapparate, Scheinwerfer, Beleuchtvorrichtungen usw. zu schauen. Eine besondere Seltenheit und Sehenswürdigkeit ist das eigentümliche Schiffsgebilde des Bauerschen „Brandtauchers", eines der ersten Vorgänger des neuzeitlichen Unterseebootes. Mit diesem Fahrzeug, das der bayerische Artillerieunteroffizier Wilhelm Bauer für den unterseeischen Angriff auf die Blockadeschiffe der dänischen Flotte hergestellt hatte, versenkt der Erfinder bei der ersten unterseeischen Probefahrt im Kieler Hafen am 1. Februar 1851. Er rettete sich mit seinen beiden Gefährten Witt und Thomsen nach fünfstündigem Aufenthalt in der Tiefe durch Oeffnen des Lukendeckels mit der ausströmenden Luft an die Wasseroberfläche. Das Schiff selbst wurde erst 1887 durch einen Zufall bei Baggerarbeiten aufgefunden und gehoben.

Die bisherigen Angaben gedenken nur eines kleinen Teiles der in dem Museum für Meereskunde untergebrachten Dinge. Das der Meereskunde im besonderen gewidmete Obergeschoß des Museums mag daher einer zweiten Wanderung vorbehalten bleiben. Wer sich halbwegs mit Behagen umsehen will, tut gut, an einem Tage die Reichsmarinesammlung und an einem anderen die der Meereskunde geltenden Abteilungen in Augenschein zu nehmen. So wollen auch wir es halten.

St—m.

Handelsteil

Ausländische Bezeichnungen für deutsche Waren.

In einer Sitzung der Vereinigung Hannoverscher Handelskammern führte Herr J. C. Friedrich Buddeberg, Vertreter der Handelskammer zu Bielefeld, u. a. folgendes aus: „Während in Frankreich eine eifrige Propaganda eingesetzt hat, um deutschen Waren dort den Absatz zu erschweren, während in England fremde Waren den Stempel „Not british" tragen müssen, können wir Deutschen die Fremdtümelei noch immer nicht abstreifen. Es hat für die Deutschen einen gewissen Reiz, eine Krawatte mit der Bezeichnung „His Majesty", einen Hut „New London Style" zu tragen. Leider wird von den Detaillisten und Fabrikanten dieser verwerflichen Sucht zu viel Rechnung getragen, und so findet man denn echt deutsche Ulster mit Bezeichnungen „English Fashion", „Tiger Make", „Best Tailor Made", deutsche Krawattenschilder mit Bezeichnungen wie „Persians", „for every Gentleman", „Chessboard Cravat", „the last Fashion"; eine Schlafanzugankündigung mit „Sleep with the double WW-Pyjama"; Damenpaletots mit „Fashionable Tailor made Dress", „Ladies overwear Manufacturers". — Es ist eine Schmach, dass wir unsere gute deutsche Ware durch englische Namen erst zugkräftig machen müssen, während man im Auslande unsere Erzeugnisse meidet, nur weil sie deutschen Ursprungs sind. Wir fühlen uns im „Boarding-house-Hotel", im neuen „Picadilly" in Berlin wohl, wir lieben Ausdrücke wie „Nouveauté", „Genre", eine nie wiederkehrende „Occasion", obwohl wir gleich gute deutsche Worte dafür zur Verfügung haben. Soll hier eine durchgreifende Aenderung eintreten, so liegt es an uns Kaufleuten, sie herbeizuführen. Einmütig ist von den Lieferanten zu verlangen, deutsche Ware mit deutschen Bezeichnungen in den Handel zu bringen; dies ist ausdrücklich bei den Bestellungen auszubedingen und alles andere streng zurückzuweisen."

Wenngleich einerseits den Worten des Herrn Buddeberg ein berechtigter Kern nicht abzusprechen ist, so braucht man andererseits die Vorliebe für fremde Bezeichnungen nicht allzu tragisch zu nehmen. Gewiss ist es töricht, gute deutsche Waren dadurch vorteilhafter erscheinen zu lassen, dass man ihnen englische Namen beilegt, und es ist kindlich, Stoffe zu kaufen, die — wie es oft der Fall ist — aus England importiert werden, aber in Kottbus gewebt sind. Eine Gefahr ist aber darin für die deutsche Industrie solange nicht zu erblicken, wie die deutschen Erzeugnisse in qualitativer Hinsicht auf der Höhe stehen. Man tut gut, beim Einkauf weniger auf Herkunftsland oder hochtönende Namen zu achten als lediglich auf die Qualität der Ware. Dann wird unsere deutsche Industrie den Wettbewerb schon aushalten; ein Beweis hierfür sind die ängstlichen Bemühungen der französischen Industriellen, durch chauvinistische Massregeln deutsche Waren vom französischen Markte fernzuhalten.

Der Geschäftsgang in der Tüllindustrie. Zurzeit wird — wie man das in den letzten Jahren mehrfach beobachten konnte — von Sachsen aus versucht, die Lage der deutschen Tüllindustrie in tendenziöser Weise günstig darzustellen und dabei gleichzeitig für Aktien von Tüllfabriken Stimmung zu machen. Demgegenüber sei betont, dass die Situation der Tüllindustrie, wie uns aus Fachkreisen versichert wird, anhaltend unbefriedigend ist und dass die verlustbringenden englische Namen beiliegt, und es ist kindlich, Stoffe zu kaufen, die — wie keine Aufbesserung erfahren haben. Ihr Absatz gestaltet sich andauernd sehr schwerfällig, und die Tatsache, dass gegenwärtig für die Spitzenherstellung Tüll verwendet wird, kommt gegenüber dem geringeren Verbrauch von Tüll zu anderen Zwecken kaum in Betracht. Hiermit hängt auch zusammen, dass die Vogtländische Tüllfabrik ihre Dividende für das letzte Jahr so beträchtlich reduzieren musste.

Ein günstiges Jahr für die Notenbanken. Die Dividendenerhöhung der Bayerischen Notenbank ist ein Beweis dafür, dass die Notenbanken aus den hohen Geldleihraten, die das abgelaufene Jahr gebracht hat, starken Nutzen ziehen konnten. Die diesmalige Dividendenhöhe von 12 pCt. war bei der Bayerischen Notenbank seit ihrem Bestehen (1875) nur einmal, nämlich im Krisenjahr 1907 erreicht worden, in dem der durchschnittliche Bankdiskont 6,03 pCt. betrug. Wenn jetzt das bayerische Noteninstitut bei einem durchschnittlichen Diskont von 4,95 pCt. seine Dividende gegenüber dem Vorjahre erhöht hat, kann es nicht überraschen, dass auch einige andere Notenbanken sich zu dem gleichen Schritt entschliessen werden. So erklärt die Direktion der Badischen Bank, dass eine Dividende von 6¾ bis 7 pCt. (i. V. 6½ pCt.) in Aussicht zu nehmen ist. Auch die Direktion der Württembergischen Notenbank rechnet mit einer höheren Dividende als im Vorjahr (5¾ pCt.). Bei der Sächsischen Bank lässt es sich, wie die Direktion mitteilt, noch nicht überblicken, ob das Dividendenniveau erhöht wird. Ueber die Dividenden der deutschen Notenbanken in den Jahren 1906/1911 gibt die nachstehende Tabelle Auskunft:

	Dividenden in pCt.					
	1911	1910	1909	1908	1907	1906
Reichsbank	5.86	6.48	5,83	7,77	9.89	8,22
Bayerische Notenbank	10	10	10	11	12	11
Sächsische Bank	8	8	8	9	10	8
Württembergische Notenbank	5¾	6	5	6	7	6
Badische Bank	6½	6½	5¾	7	8	6½
Durchschnitts-Bankdiskont	4,40	4.35	3,94	4,76	6.03	5.15

Bei allen Notenbanken hatten demnach im Jahre 1907 die Dividenden ihren Kulminationspunkt erreicht.

Kolonialbank Akt.-Ges. in Berlin. Die Dividende für das abgelaufene Geschäftsjahr wird auf 10 pCt. (wie im Vorjahre) geschätzt.

Zur Sanierung der Aktiengesellschaft für Garnprodukte. Wie wir erfahren, kann die Sanierung nur als durchgeführt gelten, denn das betreffende Konsortium hat nach unseren Informationen der Firma einen Betrag von 200 000 Fr. zur Verfügung gestellt, und zwar sind 80 000 M. bereits Ende September gezahlt worden und der Rest in Raten von je 20 000 M. Damit gilt der Fortbestand des Unternehmens als gesichert. Die Beschäftigung der Firma wird uns als recht günstig bezeichnet. Da die Aktien der Akt.-Ges. für Garnfabrikation bei der Firma Neuburger mit nur 1 M. zu buchen stehen, dürfte eine günstige Wendung im Stande der Gesellschaft für die Firma Neuburger ebenfalls von Vorteil sein.

Makler bank in Hamburg. Bei einem um die letzte Jahresmitte von 1,2 auf 1,8 Mill. M. erhöhten Aktienkapital haben sich die Einnahmen aus Courtagen und Provisionen von 119 129 auf 267 924 M. und die aus Zinsen und „Diversen" von 89 070 M. auf 117 561 M. Der Reingewinn erhöhte sich einschliesslich 4243 M. (3020) Vortrag von 141 337 M. auf 330 262 M., woraus, wie bereits gemeldet, diesmal 10 pCt. Dividende gegen 7 pCt. im Vorjahre gezahlt werden sollen.

China und das Sechsmächtesyndikat. Angesichts der widersprechenden Nachrichten über den Stand der chinesischen Anleiheverhandlungen hat das „B. T". in massgebenden Kreisen Erkundigungen eingezogen. Danach hält man nach wie vor an der Ansicht fest, dass die mit dem Sechsmächtesyndikat gepflogenen Verhandlungen zu Zielführen werden, und dass bis jetzt von einem Scheitern der Anleihe nicht gesprochen werden kann. Es haben sich allerdings in der letzten Zeit innerhalb des Sechsmächtesyndikats Schwierigkeiten bezüglich der Internationalisierung der Anleihe ergeben, deren baldige Beseitigung man aber erwartet. China dürfte immer wieder auf diese Gruppe angewiesen sein, da es ihm bisher nicht gelungen ist, seinen dringlichen Anleihebedarf anderweitig zu decken. Ueber die Modalitäten der kommenden Anleihe stehen Details noch nicht fest.

Hamburg. 23. Jan., abends 6 Uhr. Kaffee good average Santos per März 67.50 Gd., per Mai 68.25 Gd., per September 68,25 Gd., per Dezember 67.75 Gd., Stetig.

Amsterdam. 23 Januar. Bancazinn 137.75.

Amsterdam. 23. Januar. Java-Kaffee good ordinary 54.00.

Paris. 23. Jan. (Schlusskurse) 3% Franz. Rente 89.25, Banque de Paris 1773 do. Ottomane 649. Tendenz: Sehr fest.

London. 23. Januar. (Schlusskurse.) Engl. 2½ Kons. 75¼. Chines. 1½% Anleihe von 98 95, Italiener —, 4% Japaner von 19.5 86. 5% kons. Mexik. 99½, 1889er Russen (2. Serie) 92, 4% Türken unif. 87½. Ottomanbank 16, Baltimore and Ohio 109 Canada Pacific 252⅝.

London. 23. Januar. Privatdiskont 4 11/16. Silber prompt 28 9/16, 3 Monate 28 9/16.

Berliner Firmen-Register.

Eintragungen vom 20. Januar.

Abteilung A: Dr. Adolphe Nicole Vertrieb pharmazeutischer Präparate, Ackerstr. 165. Inh. ist Dr. Adolphe Nicole, hier. — Richard Rahn, Bandelstr. 3. Inh. ist Milchpächter Richard Rahn, hier. — Hermann Schönfeld, Schlossplatz 6. Inh. ist Agent Hermann Schönfeld in Berlin-Wilmersdorf. — Partenheimer u. Verres, Elisabethufer 56. Ges. sind die Kfte. Georg Partenheimer und Heinrich Verres, hier. Beginn 1. 1. 13. — Albert Liebert, Maschinen- und Dampfkessel-Armaturen, Berlin-Pankow, Kavallerstr. 9. Inh. ist Kfm. Albert Liebert, ebenda. — J. Neumann u. Co., Drückenstr. 8. Ges. sind Kfm. Josef Neumann und Buchdrucker Samuel Friechner, hier. Beginn 15. 1. 13. — E. Wendler u. Co., Beuthstr. 15 Ges. sind Frau Elisabeth Wendler geb. Kern, hier und Frau Hedwig Adam geb. Wendler in Charlottenburg. Beginn 14. 1. 13. — Ernst Leitz. Die Prokura des Naumann ist gelöscht. — Nathan Tannenzapf Nachf. lautet die Firma jetzt. Inh. ist Kfm. Siegmund Ehrlich, hier. — Ludwig Mannheimer. Die Ges. ist aufgelöst. Inh. ist allein Ludwig Mannheimer. — P. Lindhorst. Am 1. 12. 12 ist Kfm. Ludwig Lindhorst, hier, eingetreten. Prokurist Kurt Lindhorst. — Sally Michaelis. Am 15. 1. 13 ist Kfm. Sigmund Michaelis in Berlin-Schöneberg eingetreten. Vertretung jeder für sich. — Paul Loewe. Sitz jetzt Charlottenburg. Kuno-Fischer-Str. 13. — Joseph Wallach. Kfm. Louis Wallach, hier, ist eingetreten, seine Prokura gelöscht. — Weber, Bau u. Co. in Liqu. Die Ges. ist aufgelöst. — Emil Rohlwes. Gesamtprokuristen Benno Sprinzauth und Hugo Otto. — Schweitzer u. Co., Herrenkleiderfabrik. Die hies. Zweigniederl. ist aufgehoben. — Gelöscht ist die Firma: Robert J. Schaefer.

Abteilung B: B. Polack Akt.-Ges., Filiale Berlin. Max Polack ist nicht mehr. Dir Anton Ludwig in Waltershausen, bisher stellvertr. Vorstand, ist zum ordentlichen Vorstand ernannt. — Commerz- und Disconto-Bank. Vorstand Eduard Theodor Hemptenmacher †. — Vereinigte Filzfabriken. Johann Offermann ist nicht mehr Vorstand. — Feldmühle, Papier- und Zellstoffwerke Akt.-Ges. Zu Vorstandsmitgliedern sind ernannt Reg.-Rat a. D. Heinrich Hasse und Dir. Hans Gottstein, hier. Vertretung nur Dr. phil. Leo Gottstein. — „Revision" Treuhand-Akt.-Ges. Dr. jur Ernst Schön ist nicht mehr Vorstand; zu stellvertretenden Vorstandsmitgliedern sind ernannt die bisherigen Prokuristen Dir. Dr. jur. Arnold Libbertz, Dir. Theodor Haas und Dr. Otto Rupp, hier. Die Prokuren der letzteren sind gelöscht. — Deutsche Ton- und Steinzeug-Werke Akt.-Ges. Die Prokura des Schwarzer ist gelöscht. — Elektrische und mechanische Apparate G. m. b. H. Stammk. 24 000 M. Geschäftf. Ing. Dr. Walther Burstyn in Berlin-Schöneberg. — Elcha Engros-Lager chemischer Artikel Engel u. Co. G. m. b. H., Berlin-Wilmersdorf. Stammk. 20 000 M. Geschäftf. die Kfte. Max Philippi, ebenda und Hans Friedel in Zehlendorf-West.

Konkurse.

Auswärts: Mühlenbes. Fr. Möller, Westermühle. Kaufmann Richard Bienst, Schweidnitz. Lichtspieltheater Akt.-Ges., Strassburg i. Els. Fa. Schuhwarenhaus „Wormatia" Worms.

Sie sehen erbarmungswürdig aus, mein Lieber,

und ich verstehe nicht, wie man sich so lange mit einem Katarrh herumplagen kann. Von selbst vergehen solche Dinge nicht, wohl aber kann man sich die schwersten Erkrankungen mit verschleppten Katarrhen zuziehen. Also kaufen Sie sich Fausts ächte Sodener Mineral-Pastillen! Sie sind in ihrer wirksamen, heilsamen Wirkung Produkte von im Kurgebrauch befindlichen Sodener Gemeindequellen, und ungezählte Tausende können Ihnen bezeugen, daß Fausts ächte Sodener eine ideale Hilfe für Leiden Ihrer Art sind. — Wohlbewährte Remedien: Der Name „Fausts" und weiter Kontrollstreifen mit amtlicher Bescheinigung des Bürgermeister-Amtes Bad Soden a. T.

Das gute Riebeck Bier-Bockbier!

Gefällige Bestellungen erbeten an die Riebeck-Brauerei, Berlin O, Frankfurter Allee 53-55. Telephon: Königstadt 4009-4010